

Pauly Jr., Robert J.: US foreign policy and the Persian Gulf. Safeguarding American interests through selective multilateralism. London (Ashgate) 2005.

Trefon, Theodore (Hrsg.): Re-inventing order in the Congo. How people respond to state failure in Kinshasa. London (Zed Books) 2005.

6. Sonstiges

Arbeitsstelle Friedensforschung Bonn (AFB)/Lammers, Christiane (Hrsg.): Frieden studieren: Neue Masterstudiengänge

für Friedens- und Konfliktforschung an deutschen Hochschulen. Bonn (Wissenschaft und Frieden: Dossier; 48) 2005.

Behrens, Maria (Hrsg.): Globalisierung als politische Herausforderung. Global governance zwischen Utopie und Realität. Wiesbaden (VS-Verlag) 2005.

Chesterman, Simon/Ignatieff, Michael/Thakur, Ramesh (Hrsg.): Making states work. State failure and the crisis of governance. New York (United Nations Univ. Press) 2005.

Fischer-Lescano, Andreas: Rechtsrealität versus Realpolitik: die Strafanzeige in Deutschland gegen Donald Rumsfeld wegen der Folterungen in Abu Ghraib. Frankfurt a. M. (HSFK-Standpunkte; 2005,1).

Herring, Eric / Rangwala, Glen: Iraq in fragments. The occupation and its legacy. London (Hurst) 2005.

Kornberg, Judith F. / Faust, John R.: China in world politics: policies, processes, prospects. Boulder (Lynne Rienner Publishers) 2005.

Lawson, George: Negotiated revolutions. The Czech Republic, South Africa and Chile. London (Ashgate) 2005.

Soederberg, Susanne: The politics of the new international financial architecture. Reimposing neoliberal domination in the global south. London (Zed Books) 2005

Starr, Amory: Global revolt. A guide to the movement against globalization. London (Zed Books) 2005.

BESPRECHUNGEN

Detlev Wolter, Grundlagen »Gemeinsamer Sicherheit« im Weltraum nach universellem Völkerrecht. Schriften zum Völkerrecht Band 148, Berlin (Duncker & Humblot) 2003.

Das Buch von Detlev Wolter, das gleichzeitig als rechtswissenschaftliche Dissertation bei der juristischen Fakultät der Humboldt-Universität angenommen wurde, ist bereits vor zwei Jahren erschienen. Warum solch ein umfangreiches Werk also jetzt besprechen? Die Antwort fällt leicht: Das Weltraumrecht wurde zu Beginn des Weltraumzeitalters entwickelt und ist nach wie vor wegweisend, bedarf aber der Anpassung und Ergänzung hinsichtlich neuerer technologischer Entwicklungen. In den USA wird von einigen einflussreichen Politikern die Einführung von Weltraumwaffen gefordert und vorbereitet. Rüstungskontrolle im Weltraum ist zwar eine ständige Forderung von Wissenschaftlern und Institutionen wie Brookings oder der Union of Concerned Scientists, wurde aber bis heute nicht umge-

setzt. Der erdnahe Raum wird zunehmend auch von anderen Staaten für militärische Zwecke (Aufklärung, Kommunikation, Navigation etc.) benutzt, aktive Komponenten, die als »Waffe« andere Satelliten zerstören könnten, sind hingegen heute noch ein Tabu. Das kann sich durch den technischen Fortschritt und die Angst der USA, die Vormacht im Weltraum zu verlieren, jedoch ändern. Was liegt näher, als durch vertragliche Regelungen den heutigen Zustand zu erhalten und verbindliche Regelungen für eine friedliche Raumfahrt festzulegen oder weiter zu entwickeln? Neue Impulse für die internationale Debatte, gerade auch mit juristischem Tiefgang, sind also längst überfällig. Das Buch des Verfassers, der als Diplomat in der deutschen UN-Vertretung in New York tätig ist, liefert hierzu einen wesentlichen Beitrag.

Das Buch überträgt das u.a. von Egon Bahr stammende und vom IFSH weiterentwickelte Konzept der »Gemeinsamen Sicherheit« auf

die Weltraumproblematik. Ansatzpunkte der Arbeit sind die existierende Völkerrechtsarchitektur, insbesondere der Weltraumvertrag (WRV) von 1967 und die dort enthaltene Klausel des Weltraums als »Gemeinsames Erbe der Menschheit«. Ausgehend vom »Gemeinschaftsstatus« des Weltraums in Verbindung mit der so genannten »Menschheitsklausel« im Weltraumvertrag wird darauf verwiesen, dass – im Gegensatz zum klassischen Völkerrecht – die Staaten im »Weltraum« nicht frei sind, ausschließlich ihre eigenen Interessen zu verfolgen. Stattdessen sind sie dazu verpflichtet, zum »Allgemeinwohlinteresse« der Völkergemeinschaft beizutragen. Die nach 1989 fortschreitende Verrechtlichung der internationalen Beziehungen unterstützt diesen Trend.

Die führenden Weltraummächte hätten bereits zu Beginn des Weltraumzeitalters bei der Entstehung des WRV (Kapitel B I) anerkannt, das Weltraum nicht in den Weltraum auszuweiten, sondern das übergeordnete

Menschheitsinteresse des Gemeinschaftsraums »Weltraum« anzuerkennen und ihn nur für friedliche Zwecke zu nutzen. Daraus lässt sich ableiten, dass völkerrechtliche Gemeinwohlinteressen über Einzelstaatsinteressen liegen. Der Weltraum werde zwar heute militärisch »passiv« genutzt, eine »aktive Bewaffnung« sei hingegen bisher nicht erfolgt, obwohl es während des Kalten Krieges Ansätze dazu gegeben habe (technische wie sicherheitspolitische Aussagen zu der »Passiv/Aktiv-Unterscheidung« finden sich in Kapitel B II.). Die Supermächte hätten letztendlich Schritte vermieden, die zur Ausweitung des Wettrüstens geführt hätten. Diese Einsicht gelte es zu verstärken. Allerdings ist ein wichtiges Verhandlungsforum, die Genfer Abrüstungskonferenz der UNO, blockiert und hat bisher keine fruchtbaren Initiativen zur Verhinderung eines Wettrüstens im Weltraum starten können (Kapitel B III). Das Kapitel C I.-III. erläutert und vertieft den Grundsatz, den Weltraum als »Gemeinsames

Erbe der Menschheit« zu sehen und vertieft die juristische Argumentation.

Der WRV wird als die »Magna Charta« einer Weltraumrechtsordnung angesehen, deren Umsetzung allerdings nicht vollständig vollzogen, jedoch dringend geboten ist: Besonders im Bereich Raketenabwehr, aber auch bei Anti-Satellitensystemen, verfolgen die Raumfahrtmächte Aktivitäten, die dazu genutzt werden könnten, aktive Weltraumwaffen mit zerstörerischer Absicht im All zu stationieren. Wird diese Schwelle erst einmal überschritten, könnte ein Wettrüsten im Weltraum die Folge sein. Die Konflikte der Menschen könnten dann auch im und durch den Weltraum ausgetragen werden. Aus diesem Grunde plädiert der Verfasser für die Anwendung der Prinzipien gemeinsamer Sicherheit auf den »Gemeinschaftsraum All«. Dazu gehören die Einführung von Struktureller Nichtangriffsfähigkeit, Transparenz und Vertrauensbildender Maßnahmen, die Beschränkung militärischer Ausgaben sowie Nichtverbreitung oder fortschreitende Abrüstung. In seiner umfangreichen Arbeit werden sowohl Kernelemente eines multilateralen Abkommens über Gemeinsame/kooperative Sicherheit, des so genannten »KSW-Vertrags«, was für Kooperative Sicherheit im Weltraum steht (Kapitel E II), als auch deren institutionelle Implementierung (Kapitel E III) ausgeführt. Das Buch beinhaltet reichhaltige Literaturhinweise, detaillierte Angaben über die rechtswissenschaftlichen Fundamente und viele Hinweise auf Vorschläge, Resolutionen und Initiativen für eine Rüstungskontrolle im Weltraum. Eine kompakte Schlussbetrachtung gibt

jedem Leser die Möglichkeit, die teilweise sehr umfassende und detailliert vorgetragene Gedankenführung und Argumentationsweise zu verfolgen und die wichtigsten Ergebnisse kennen zu lernen. Gewöhnungsbedürftig ist für den ungeübten Leser die juristische Nomenklatur des Gesamtwerks. Dies ist jedoch eine Notwendigkeit rechtswissenschaftlicher Arbeiten, die – einmal entschlüsselt – zur systematischen Durchdringung einer komplexen Materie verhilft. Für die Debatte um die Militarisierung des Weltraums ist das Buch von Detlev Wolter ein unumgängliches Standardwerk und rechts- wie fachwissenschaftlich eine Fundgrube von Informationen, Argumenten und Rechtsgrundsätzen. Für Entscheidungsträger und an der Problematik Interessierte ist dem Buch eine um einigen juristischen Ballast bereinigte, englischsprachige Version zu wünschen. Es ist zu hoffen, dass das argumentative Fundament der Arbeit und die gemachten Vorschläge einen Anstoß geben, dass der Weltraum waffenfrei bleibt und die Menschen lernen, ihre irdischen Probleme friedlich zu lösen.

Götz Neuneck

Martin H. W. Möllers/Robert Chr. van Ooyen (Hrsg.), Jahrbuch Öffentliche Sicherheit 2002/2003, Frankfurt (Verlag für Polizeiwissenschaft) 2003.

Das Jahrbuch Öffentliche Sicherheit (JBÖS) greift ein Thema auf, das spätestens seit dem 11. September 2001 die politische Diskussion weltweit prägt wie kaum ein anderes und seither auch nichts an Aktualität eingebüßt hat. Sicherheit hat sich von Geburt des modernen Staates an als ein Leitgedanke staatlicher Politik

etabliert, aber die Ereignisse im Gefolge der Anschläge des 11. September haben stroboskopisch Licht auf Entwicklungen geworfen, an deren Ende das Prinzip Sicherheit zum einzigen Kriterium politischer Legitimität geworden sein könnte. Die Debatte um das Thema öffentliche Sicherheit umfasst daher weitgehend alle Politikfelder und gesellschaftlichen Bereiche. In diesem Diskurs fließen etliche unterschiedliche Konzeptionen des Begriffs Sicherheit und viele Teilaspekte – polizeiliche, innenpolitische, außenpolitische sowie bürger- und freiheitsrechtliche – der Sicherheitsdebatte zusammen. Diese Vielfalt an Perspektiven zeigt sich auch darin, dass eine intensive Beschäftigung mit diesem Thema in vielen verschiedenen Teilbereichen des Wissenschaftsbetriebes anzutreffen ist.

Der eben skizzierten Vielfalt, die der Begriff »Öffentliche Sicherheit« verkörpert, versucht das Jahrbuch durch einen umfassenden Ansatz gerecht zu werden, der die verschiedenen Disziplinen, die sich wissenschaftlich mit dem Thema beschäftigen, miteinander in Bezug setzen will. Die Reihe JBÖS will so den gewöhnlich jeweils eng abgesteckten Bezugsrahmen der unterschiedlichen, in fachspezifischen Kontexten geführten Debatten um das Thema Sicherheit aufweichen. Der Begriff »Öffentliche Sicherheit« wird dementsprechend weit gefasst. Konzeptionell umgesetzt wird dies in einer losen Zusammenschau von fünf Themenfeldern – Polizeiwissenschaft, Extremismus, Öffentliche Sicherheit in Deutschland, Europäische Sicherheitsarchitektur, Internationale Sicherheit –, die alle eine jeweils eigene Perspektive auf das Thema erlauben. Dementsprechend

gliedert sich das Buch in fünf Abschnitte.

Der eminenten Bedeutung des Themas entsprechend will das vorliegende Buch den Auftakt zu einer Reihe geben, die vorläufig im Turnus von zwei Jahren erscheinen soll. Prinzipiell ist eine jährliche Herausgabe angedacht. Für den vorliegenden ersten Band konnten die Herausgeber Autoren aus ganz unterschiedlichen sozialwissenschaftlichen Disziplinen und aus der Praxis gewinnen.

Das Buch wird eingeleitet von einem Gastbeitrag der Ex-Justizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger. Die Autorin bemisst die Möglichkeitshorizonte einer europäischen Weltfriedenspolitik angesichts innereuropäischer Handlungsbegrenzungen sowie Handlungsvorgaben, die sich aus dem Verhältnis zur NATO – und damit letztlich das transatlantische Verhältnis betreffend – ergeben. Thematisiert wird insbesondere die Relevanz von völkerrechtlichen Bestimmungen für die zukünftige europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik und in Bezug gesetzt zu schon unter Präsident Clinton einsetzenden Tendenzen in der US-Außenpolitik, sich von den rechtlichen und prozeduralen Vorgaben des Völkerrechts zu entbinden.

Der Abschnitt Polizeiwissenschaft beschäftigt sich mit dem aktuellen Zustand der Polizeiforschung und dem Stand und den Perspektiven für die Verwissenschaftlichung der Polizeiausbildung in Deutschland. Insbesondere wird dabei der Frage nachgegangen, wie die Polizeiforschung im sozialwissenschaftlichen Diskurs verankert und wie sie zu institutionalisieren ist. Diskutiert wird, welche Disziplin der